Deutscher Bundestag **Drucksache 14/9010**
14. Wahlperiode 10. 05. 2002

Antwort
der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Wolfgang Bosbach, Erwin Marschewski (Recklinghausen), Meinrad Belle, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 14/8848 –

Aktuelle linksextremistische Aktivitäten in Deutschland

Vorbemerkung der Fragesteller

Als Reaktion auf die Globalisierung der Wirtschaft und die Anti-Terror-Maßnahmen der USA hat sich in zahlreichen Staaten, darunter auch in Deutschland, eine außerparlamentarische Protestbewegung gebildet. Diese organisiert regelmäßig Demonstrationen gegen internationale Gipfeltreffen. Dabei kommt es immer wieder zu brutalen Angriffen auf Sicherheitskräfte. Extremistische Parteien und Organisationen in Deutschland und anderen Staaten bemühen sich, Einfluss auf die Bewegung der Globalisierungsgegner zu nehmen. Durch diese neue Bewegung sowie durch die Nutzung der neuen Informations- und Kommunikationsmittel verändert sich die vom Extremismus ausgehende Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung.

Ein besonderes Problem stellt unseres Erachtens die Erosion der Abgrenzung zwischen demokratischen Positionen und Organisationen und extremistischen Positionen und Organisationen dar. Daher sollten auch solche Bündnisse beobachtet werden, in denen sich sowohl Repräsentanten demokratischer als auch extremistischer Organisationen zusammenschließen. Dies trifft insbesondere auf so genannte antifaschistische Bündnisse zu.

Bei der PDS bestehen weiterhin tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen im Sinne des Bundesverfassungsschutzgesetzes. Sie arbeitet mit anderen linksextremistischen Organisationen einschließlich gewaltbereiter Gruppierungen im In- und Ausland zusammen (Verfassungsschutzbericht des Bundes 2000, S. 147). Die PDS pflegt insbesondere weiterhin ein kritisch-solidarisches Verhältnis zur Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) ihre Verbindungen zur DKP sind vielfältig. Sie reichen von der Teilnahme an Parteitagen über Gespräche, die Abstimmung von Gesetzesvorhaben bis hin zu Wahlabsprachen (Verfassungsschutzbericht, S. 153).

Nach dem Selbstverständnis der PDS gehört der Internationalismus zu den Wurzeln der Partei; er umfasst u. a. die Entsendung von Parteitagsdelegationen, Teilnahme an Konferenzen, Gespräche und Begegnungen mit ausländischen kommunistischen Parteien (Verfassungsschutzbericht, S. 155).

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 8. Mai 2002 übermittelt.
Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

1. Welche verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Kontakte zwischen der PDS und der Kommunistischen Partei des Irak (Pressedienst der PDS Nr. 6/2002)?

Die „Irakische Kommunistische Partei“ (IKP) gehört zu den langjährigen Partnern der PDS. Zuletzt nahmen Raid Fahmi, Mitglied des Zentralkomitees (ZK) der IKP, sowie Rashid Ghewielib, Vertreter der Partei in Deutschland, an der 3. Tagung des 7. Parteitags der PDS vom 16. bis 17. März 2002 in Rostock teil. Am 30. Januar 2002 traf die Parteivorsitzende der PDS, Gabriele Zimmer, in Berlin mit dem Ersten Sekretär der IKP, Majid Hamid Moussa, zusammen. Gabriele Zimmer bekundete dabei die Solidarität der PDS für das Bemühen der IKP, gemeinsam mit anderen oppositionellen Kräften eine demokratische pluralistische Ordnung ohne ausländische Einmischung im Irak anzustreben.

2. Welche verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Kontakte zwischen der PDS und der Kommunistischen Partei Kubas (Pressedienst der PDS Nr. 9/2002)?

Die PDS leistet nach wie vor Solidaritätsarbeit zugunsten Kubas. An der 3. Tagung des 7. Parteitages der PDS vom 16. bis 17. März 2002 in Rostock nahm für die KP Kubas der Leiter der Internationalen Abteilung, Oscar Martinez Cordovez, teil. Zum 75. Geburtstag des kubanischen Staats- und Regierungschefs Fidel Castro im vergangenen Jahr betonte die PDS-Vorsitzende Gabriele Zimmer in einem Glückwunschschreiben die Bedeutung der kubanischen Revolution.

Die „Arbeitsgemeinschaft Cuba Si beim Parteivorstand der PDS“ – gegründet 1991 – ist wesentlicher Träger der „Solidaritätsarbeit“ für Kuba; eigenen Angaben zufolge existieren rund 50 regionale Cuba Si-Gruppen. Einer der Cuba Si-Sprecher bekräftigte in einem Interview der Tageszeitung „junge Welt“ (jW) vom 28. bis 29. Juli 2001, die Arbeitsgemeinschaft beschränke die Aktivitäten nicht nur auf humanitäre Hilfe, sondern unterstütze „bewusst“ das sozialistische System in Kuba.

3. Welche verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Kontakte zwischen der PDS und der Kommunistischen Partei Chinas (Pressedienst der PDS Nr. 9/2002)?

Die PDS pflegt eine „partnerschaftliche Kooperation“ mit der „Kommunistischen Partei Chinas“. Auf der 3. Tagung des 7. Parteitages der PDS vom 16. bis 17. März 2002 vertraten die Geschäftsführerin der Internationalen Abteilung, Qiu Yuanping, sowie der 1. Sekretär in der Internationalen Abteilung, Zhou Rongmei, die KP Chinas. Am 23. November 2001 waren der Bundesgeschäftsführer der PDS Dietmar Bartsch und der PDS-Funktionär Helmut Scholz in Berlin mit einer Delegation der Internationalen Abteilung des ZK der KP Chinas zusammengetroffen. Zuvor hatte auf Einladung des ZK der KP Chinas eine Delegation der PDS unter Leitung der Vorsitzenden Gabriele Zimmer vom 25. März bis 1. April 2001 Peking, Schanghai und die Provinzhauptstadt Hangzhou besucht. Im Ergebnis der Reise – so formulierte die PDS-Mitgliederzeitschrift „DISPUT“ – sei die Neugier beider Seiten aufeinander gewachsen. PDS und die KP Chinas würden ihre partnerschaftliche Kooperation fortsetzen, intensiv Informationen austauschen, Grundsatzprobleme diskutieren und aus ihren unterschiedlichen Erfahrungen lernen, nämlich als „zwei Parteien, die den Sozialismus auf ihre Fahnen geschrieben haben“. Dazu sollen laut „Pressedienst der PDS“ auch die regelmäßigen Kontakte fortgesetzt werden.

4. Welche verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Zusammenarbeit zwischen der PDS und der Kommunistischen Partei Russischen Föderation (Geschichtskorrespondenz Nr. 4/2000, Pressedienst der PDS Nr. 9/2002)?

Zu den internationalen Gästen des letzten Parteitages der PDS vom 16. bis 17. März 2002 gehörte auch Alexander Kuwajew, Mitglied des Präsidiums des ZK der „Kommunistischen Partei der Russischen Föderation“ (KPRF). Der PDS-Ehrenvorsitzende Hans Modrow führte während seines Aufenthalts in Moskau zwischen dem 15. und 20. Oktober 2001 Gespräche u. a. mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der KPRF Valentin Kupzow. Kontakte zur KPRF werden auch von der „Rosa-Luxemburg-Stiftung“, der Parteistiftung der PDS, gepflegt. Im Juni 2000 organisierte sie einen Workshop in Moskau zum Thema „Systemtransformation und Konfliktprävention – gemeinsame Verantwortung von Ost und West“. Ein Vorstandsmitglied der Stiftung erklärte im von der Stiftung herausgegebenen Theoriemagazin „Utopie kreativ“ Heft 118 vom August 2000 u. a., die Stiftung erweitere zielstrebig ihre internationalen Kontakte, der osteuropäische Raum und insbesondere Russland gehörten zu den Prioritäten. In einem Gespräch mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der KPRF sei dem Vorstandsmitglied versichert worden, die Entwicklung und Aktivitäten der Stiftung würden in Moskau mit Interesse und Aufmerksamkeit registriert. Hier öffne sich ein weites Feld für eine fruchtbare Kooperation in den nächsten Jahren.

5. Welche verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Kandidaturen von DKP-Mitgliedern auf Listen der PDS bei den bayerischen Kommunalwahlen am 3. März 2002 (Neues Deutschland v. 21. Januar 2002)?

An der Kommunalwahl in Bayern am 3. März 2002 beteiligte sich die PDS in München mit einer amtlichen Wahlliste. Nach eigenen – im „Neuen Deutschland“ vom 21. Januar 2002 veröffentlichten“ – Angaben kandidierte zumindest auf Platz 4 dieser Liste ein langjähriges Mitglied der „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP). Auch für die Wahllisten der PDS in Nürnberg und Augsburg waren nach eigenen Angaben der Partei Mitglieder der DKP als Kandidaten vorgesehen.

6. Welche verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Zusammenarbeit zwischen der PDS und der DKP (Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Historischen Kommission der PDS (Hrsg.); Linke Programmdebatte in der Bundesrepublik Deutschland. – Schkeuditz 2001, S. 109)?

Die Zusammenarbeit zwischen PDS und DKP erfolgt vor allem auf lokaler und regionaler Ebene, oftmals über kommunistische Kräfte in der PDS. In den westlichen Bundesländern entwickelt sich die PDS, die die DKP zahlenmäßig eingeholt hat, zur Konkurrenz für die DKP; Wahlabsprachen werden schwieriger. Auf Bundesebene wahrt die PDS augenscheinlich Distanz zur DKP.

Auf Initiative von kommunistisch orientierten Historikern hat sich 1992 ein „Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung bei der Historischen Kommission der PDS“ (MAK) konstituiert. Er betreibt zusammen mit der Geschichtskommission der DKP und der „Marx-Engels-Stiftung e. V.“ Geschichtsaufarbeitung im kommunistischen Sinne. In der Regel werden zweimal jährlich gemeinsame Konferenzen durchgeführt, zuletzt am 2. bis 3. März 2002 in Berlin. Der Sprecher des MAK äußerte auf diesem Treffen u. a., der MAK verstehe sich als eigenständiges, partei- und organisationsüber-

greifendes Gremium, das der sozialistischen Bewegung und dem Antifaschismus verpflichtet sei.

7. Welche der Organisationen, mit denen die PDS zu einer gemeinsamen Demonstration gegen die NATO-Sicherheitskonferenz im Februar in München aufrief, werden von der Bundesregierung als extremistisch eingestuft (Junge Welt v. 12. Januar 2002)?

Die Proteste gegen die Münchener Sicherheitskonferenz vom 1. bis zum 3. Februar 2002 waren von einem „Bündnis gegen die NATO-Konferenz" mit fast 100 Organisationen getragen worden (junge Welt vom 12./13. Januar 2002). Dem extremistischen Spektrum sind u. a. zuzurechnen:

Der DKP Kreisverband München, die DKP Weibersbrunn, „Antifaschistisch Kämpfen" (AKM), „Anarchisten/Rätekommunisten" München, „Antifaschistische Aktion Berlin" (AAB), die „Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa" (ATIK), die „Föderation der demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei in der Bundesrepublik Deutschland e. V." (DIDF), die „Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba", „Libertad!", die „Gruppe Arbeitermacht", „Linksruck" München, „PAULA" Memmingen, „organisierte autonomie" Nürnberg (oa), die „Ökologische Linke" München, der „Revolutionär Sozialistische Bund – IV. Internationale" (RSB).

8. Welche der Organisationen, mit denen die PDS zu einer gemeinsamen Demonstration gegen internationale Einsätze der Bundeswehr am 2. Februar 2002 in Kiel aufrief, werden von der Bundesregierung als extremistisch eingestuft (Kieler Nachrichten v. 4. Februar 2002)?

Die PDS Schleswig-Holstein hatte zusammen mit anderen Gruppierungen für den 2. Februar 2002 zu einer landesweiten Demonstration „Stoppt die kriegerische Außenpolitik!" in Kiel aufgerufen. Einem Flugblatt zur Demonstration kann entnommen werden, dass hierzu u. a. die DKP Schleswig-Holstein, die „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend" (SDAJ) Schleswig-Holstein, die „Föderation der demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei in der Bundesrepublik Deutschland e. V." (DIDF) sowie die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten" (VVN-BdA) Schleswig-Holstein aufgerufen haben. Die genannten Organisationen werden von der Bundesregierung dem extremistischen Spektrum zugerechnet.

9. Welche der Organisationen, die zur so genannten Liebknecht-Luxemburg-Demonstration am 13. Januar 2002 in Berlin mit der Behauptung, US-Präsident George W. Bush habe mit Unterstützung Deutschlands den ersten Krieg des 21. Jahrhunderts eingeleitet, aufriefen, werden von der Bundesregierung als extremistisch eingestuft (Junge Welt v. 29. November 2001)?

Den Aufruf zur Liebknecht-Luxemburg-Demonstration am 13. Januar 2002 in Berlin unterzeichneten u. a. die dem linksextremistischen Spektrum angehörenden Organisationen:

Die „Antifaschistische Aktion Berlin" (AAB), der Bundesvorstand der SDAJ, SDAJ Berlin, verschiedene DKP Landes- und Ortsverbände, „Freie Deutsche Jugend" (FDJ) Landesverband Berlin, das Zentralkomitee sowie Landesorganisationen der „Kommunistischen Partei Deutschlands" (KPD), ein Redaktionsmitglied des Magazins „Geheim", der „Revolutionär Sozialistische Bund – IV. Internationale" (RSB), der MAK sowie Gliederungen der VVN/BdA, der Vorstand des „Bundes der Antifaschisten" (BdA) und Landesverbände bzw.

Landessprecher der „Kommunistischen Plattform der PDS“, Mitglieder des „Marxistischen Forums der PDS“, Landesverbände/-vorstände und Kreisverbände der PDS, PDS-Basisorganisationen aus Berlin und die Arbeitsgemeinschaft Cuba Si der PDS Essen.

10. Welche der Organisationen, die von Personen repräsentiert werden, mit denen die PDS zu einer gemeinsamen 1. Mai-Kundgebung in Berlin-Kreuzberg, für die unter anderem ein völliger Rückzug der Polizei aus Kreuzberg gefordert wird, aufruft, werden von der Bundesregierung als extremistisch eingestuft (Junge Welt v. 21. Februar 2002, www.erster-mai.de)?

Zu den Unterstützern des Personenbündnisses „Für einen politischen und polizeifreien 1. Mai 2002“ gehörten u. a. Vertreter der „Sozialistischen Alternative Voran“ (SAV) Berlin und der „Föderation der demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei in der Bundesrepublik Deutschland e. V.“ (DIDF). Diese Organisationen sind dem extremistischen Spektrum zuzurechnen.

11. Stuft die Bundesregierung die Veranstalter der Berliner Antifawoche als extremistisch ein (www.antifawoche.de)?

Veranstalter der „Berliner Antifawoche“ ist ein „Antifaschistisches Aktionsbündnis“. In diesem Bündnis arbeiten auch Linksextremisten mit.

12. Welche verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Nutzung von Räumlichkeiten und Infrastruktur der PDS durch als extremistisch eingestufte „antifaschistische“ Gruppierungen sowie über finanzielle Zuwendungen an solche Gruppierungen (Neues Deutschland Berlin v. 23. Januar 2002 und 26. Januar 2002, www.antifah.f2s.com)?

Einzelne Vertreter und/oder Gliederungen der PDS arbeiten nach wie vor in Aktionsbündnissen mit gewaltbereiten Linksextremisten (z. B. autonome Antifaschisten) zusammen. So werden von Fall zu Fall Räumlichkeiten für Treffen bzw. technische Geräte zur Verfügung gestellt, Materialkosten von der PDS übernommen und Demonstrationen angemeldet.

Wegen weiterer Erkenntnisse der Bundesregierung über Unterstützungsmaßnahmen der PDS wird auf die Beantwortung der Kleinen Anfrage der Abgeordneten Sylvia Bonitz u. a. Abgeordnete und der Fraktion der CDU/CSU vom 8. Januar 2002 (Bundestagsdrucksache 14/7968) hingewiesen.

13. Welche Bedeutung hat nach Einschätzung der Bundesregierung das Internet für den Linksextremismus in Deutschland?

Seit Mitte der 90er Jahre ist die linksextremistische Szene im Internet vernetzt. Die Betreiber der Seiten legen großen Wert auf Informationsvermittlung und die einfache Nutzbarkeit des relativ nüchtern präsentierten Angebots.

Neben dem WWW-Bereich nutzen Linksextremisten auch die Internetdienste „Usenet“, E-mail sowie das Instrument der Mailinglisten. So können Linksextremisten insbesondere schneller und kostengünstiger als über traditionelle Wege ihre politischen Konzepte an einen großen Adressatenkreis übermitteln.

14. Welche Bedeutung hat nach Einschätzung der Bundesregierung das Internet als Medium zur Mobilisierung für linksextremistische oder von Linksextremisten beeinflusste Demonstrationen?

Für die in der Frage genannten Demonstrationen ist das Internet von großer Bedeutung. Über so genannte Portalseiten wird frühzeitig und umfassend zu geplanten Demonstrationen mobilisiert. Nach – teilweise auch während – einer derartigen Demonstration wird detailliert über den Ablauf berichtet. Über spezielle Internetseiten werden Informationen zu bestimmten Veranstaltungen gesammelt und aktuell aufbereitet.

15. Wie viele deutsche extremistische Internet-Homepages sind der Bundesregierung bekannt (bitte aufschlüsseln nach Linksextremismus, Rechtsextremismus und Ausländerextremismus)?

16. Wie verteilen sich die linksextremistischen Homepages auf Parteien, „Autonome“, „Antifaschisten“ und sonstige Linksextremisten?

Zurzeit sind rund 620 deutsche Webseiten aus dem Bereich Linksextremismus und rund 1 300 deutsche Webseiten aus dem Bereich Rechtsextremismus bekannt. 36 Internetadressen sind derzeit sicherheitsgefährdenden Bestrebungen von Ausländern eindeutig zuzuordnen. Die jeweilige Internetpräsenz ist jedoch starken Schwankungen ausgesetzt. Manche Betreiber wechseln häufig die Internetadresse. Einige Seiten verschwinden bereits wenige Wochen nach ihrem Erscheinen wieder. Eine sachgerechte Aufschlüsselung im Sinne der Frage 16 ist nicht möglich, da in vielen Fällen die Betreiber bzw. die tatsächlichen Verantwortlichen nicht bekannt sind.

17. Welche heutigen Mitglieder des Deutschen Bundestages waren oder sind Mitglied einer durch den Verfassungsschutz beobachteten linksextremen Gruppierung?

Die Bundesregierung sieht sich aus Rechtsgründen daran gehindert, die Frage zu beantworten.



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333